

21 EU weite Grenzöffnungen statt Zäune errichten

Gremium: Bezirksjugendwerk der AWO Niederrhein

Beschlussdatum: 08.05.2016

- 1 Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:
- 2 Das Bundesjugendwerk der AWO e. V. möge, die These der Öffnungen der
- 3 Außengrenzen in Europa vertreten, anstatt weitere „Mauern“ aufzubauen und trägt
- 4 diese Diskussion in den Bundesverband der AWO e. V..
- 5 Die aktuelle Situation von Geflüchteten weltweit, muss dazu führen die
- 6 europäische „Flüchtlingspolitik“ neu zu gestalten. Hier sollte das Jugendwerk
- 7 sich bundesweit aktiv in die politische Diskussion einbringen und die Forderung
- 8 einiger Migrationsforscher*innen unterstützen, die Grenzen von Europa für
- 9 Geflüchtete zu öffnen.

Begründung

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht, weit mehr als nach dem zweiten Weltkrieg. Mehr als die Hälfte der knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind Kinder. 86% der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern, da die meisten Menschen lediglich in ein angrenzendes Nachbarland fliehen, nach Europa kommt also ohnehin nur ein Bruchteil der Menschen, die flüchten. (vgl. UNO Flüchtlingshilfe und UNHCR).

Dennoch kommen täglich Tausende Geflüchtete nach Europa und viele sterben auf dem Weg in die vermeintliche Freiheit. Menschen flüchten, weil sie Todesangst haben, Angst vor Folter oder Angst haben einen Hungertod zu sterben. Kein Mensch verlässt ihre/seine Heimat und kommt nach Deutschland, weil hier alles „so schön“ ist, „Milch und Honig“ fließen oder etwa für 140 € Taschengeld im Monat.

Haben Menschen Angst vor Folter und Tod, werden sie flüchten, egal wie gefährlich die Flucht ist und wie hoch wir die Zäune errichten. Hierfür gibt es genug Beispiele: Die Grenze zwischen den USA und Mexiko, die verschärften und kostspieligen Vorkehrungen am Eurotunnel zwischen Frankreich und Großbritannien oder aber aus unserer eigenen Geschichte die Mauer zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik.

Sogenannte „Schlepperbanden“ verdienen umso mehr, je schwieriger die legale Einreise wird. Es bedarf einer einheitlichen EU Migrationspolitik, die es Menschen erlaubt mit einem Flugzeug oder einer Fähre einzureisen, denn dann müssten auch nicht mehr so viele Menschen und insbesondere Kinder auf der Flucht sterben. Wir dürfen niemals vergessen, Geflüchtete reisen nicht aus Spaß, sondern um ihr Leben zu retten.

„...Niemand verlässt sein Land, bloß weil zum Beispiel Deutschland seine Grenzen öffnet. Und niemand bleibt, weil die Grenzen zu sind. Offene oder geschlossene Grenzen haben überhaupt keinen Einfluss darauf, ob Leute sich auf den Weg machen oder nicht. Der Unterschied ist allerdings, ob sie lebend ankommen oder tot.“ (Quelle: Migrationsforscher François Gemenne im Stern Interview vom 14. August 2015).

Studien haben gezeigt, dass Migrant*innen langfristig positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen und umso offener und legaler Einwanderung ermöglicht wird, die Einwander*innen umso besser ihr Potenzial entfalten können.

Die menschenwürdige Unterbringung für Geflüchtete kostet zu Beginn Geld. Ja, das ist so!

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass das Argument, wir sind eines der reichsten Länder der Welt, zwar stimmt, aber nicht das ausschlaggebendste sein darf, sondern wir sollten uns zwischendurch immer vor Augen halten, wofür wir „unser“ Geld ausgeben oder wem wir es durch steuerliche Entlastungen zukommen lassen.

„Die Rettung der Bank Hypo Real Estate hat die deutschen Steuerzahler um die 20 Milliarden Euro gekostet, das sind etwa 185 Jahre Mare Nostrum. 1,2 Milliarden (elf Jahre Mare Nostrum) bekommt die Bundeswehr 2016 zusätzlich. Niedriger Ölpreis und Euroschwäche werden den öffentlichen Haushalten 2015 und 2016 je 20 Milliarden Euro Überschuss beschern. Die deutsche Politik aber zackert über das Geld, das Flüchtlinge ja in der Tat kosten, wenn man sie nicht lieber verrecken lässt. Sie ergeht sich in Überlegungen, wer „wirklich“ Aufnahme braucht und wen man – schneller! – abschieben sollte. Sie versteckt sich hinter Ressentiments der Bürger, die sie selbst schürt mit ihrer Abwehrpolitik.“ (Quelle: Stephan Hebel in der FR).

Ein Prozent der Weltbevölkerung wird 2016 mehr Vermögen angehäuft haben, als die restlichen 99 Prozent zusammen. „Die soziale Ungleichheit wächst schockierend schnell“, heißt es in einem Bericht der britischen Aktivistengruppe Oxfam zur Vermögensverteilung auf der Welt. Demnach gehörten 2009 noch 44 Prozent des Wohlstands einem Prozent der Weltbevölkerung. Vergangenes Jahr lag der Anteil bereits bei 48 Prozent. 2016 wird dieses eine Prozent reicher Menschen wohl 50 Prozent des weltweiten Vermögens besitzen – die andere Hälfte verteilt sich wiederum sehr ungleich auf die restlichen 99 Prozent. (Quelle 1: Süddeutsche Zeitung; Quelle 2: Oxfam, WORKING FOR THE FEW).

Kindgerechte Fassung:

Wir möchten, dass das Bundesjugendwerk sich bei der AWO und bei der Politik dafür einsetzt, dass in Europa die Grenzen geöffnet werden und dort keine Zäune gebaut werden. Es gibt Menschen, die sich damit seit langer Zeit befassen und diese Meinungen zur Öffnung der Grenzen vertreten. Das Bundesjugendwerk soll sich auch dieser Meinung anschließen und mit der AWO und der Politik darüber reden.

Menschen flüchten aus ihrem Land, weil sie Angst haben zu sterben und kommen nach Europa, um in Sicherheit und Frieden zu leben. Wir möchten, dass den Menschen in Europa und besonders in Deutschland eine neue Heimat gegeben wird und die Menschen hierher kommen können. Dafür müssen die Grenzen offen sein, damit die Menschen ganz normal mit einem Schiff oder einem Flugzeug bei uns einreisen können. Im Moment kommen viele Menschen mit einem Schlauchboot über das Mittelmeer und das ist so gefährlich, dass viele von ihnen dabei sterben.

Europa und besonders Deutschland hat genug Geld, um die Menschen aufnehmen zu können und ihnen eine Heimat zu geben. Wir möchten nicht, dass in Deutschland das Geld für Banken oder ähnliches ausgegeben wird, sondern für Menschen in Not.